

Vortrag an den Ministerrat

Stahlerzeugung in Österreich – Dekarbonisierung durch neue Verfahren, Unterstützung der Finanzierung durch EU-Fonds und Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, in Österreich Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Investitionen in den Klimaschutz schaffen Arbeitsplätze, sorgen für regionale Wertschöpfung und tragen zu einer lebenswerten Zukunft bei. Für die österreichische Industrie müssen die Weichen in Richtung einer kreislauffähigen und klimafreundlichen Technologie-Ära gestellt werden, damit Österreich als führender Industriestandort für hochwertige, ressourcenschonende und CO₂-arme Produktion positioniert werden kann. Die Bundesregierung sieht es als ihre Aufgabe, diese Transformation zu unterstützen. Sowohl die steigenden Ansprüche hinsichtlich der Dekarbonisierung der Finanzmärkte und dementsprechendem Druck auf grüne Investments als auch die notwendige Dekarbonisierung der Lieferketten erfordern rasch konkrete Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie zu garantieren.

Als eines von Österreichs führenden Unternehmen bekennt sich der voestalpine-Konzern zu einer ambitionierten Reduktion der Treibhausgasemissionen, die durch die Stahlerzeugung verursacht werden. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung österreichischer Klimaneutralität.

Innovative Produktionskonzepte des Konzerns können einen beträchtlichen Anteil der prozessbedingten CO₂-Emissionen in Österreich reduzieren. Bei der Finanzierung dieser Produktionskonzepte - sowie weiterer potenzieller wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEIs) - kann auf Unterstützung durch den EU-ETS-Innovationsfonds zurückgegriffen werden. Der mögliche Unterstützungsrahmen liegt zwischen 250 und 350 Mio. Euro. Zusätzlich wird das BMK in Abhängigkeit der budgetären Bedeckung eine Kofinanzierung in Höhe von 50 bis 70 Mio. EUR pro Jahr für die Laufzeit des entsprechenden EU-Fördervehikels ab 2025 für maximal 10 Jahre aus dem jeweils

laufenden Budget zur Verfügung stellen, um diese EU-Mittel lukrieren zu können. Durch diese finanziellen Hilfestellungen kann der voestalpine-Konzern die bisherige, konventionelle Stahlerzeugungsmethode mittelfristig durch eine Elektrostahltechnologie aus erneuerbarem Strom ersetzen, langfristig begleitet durch einen höheren Anteil an Wasserstoffstahl für die Reduktion der Treibhausgasemissionen um bis zu 80%.

Diese Investitionen am Standort Linz und Donawitz sollen der Standortsicherung der voestalpine dienen und damit verbunden auch über 22.000 Arbeitsplätze in ganz Österreich sicherstellen.

Zur Unterstützung des entsprechenden Vorhabens soll eine Unterstützungserklärung (*Letter of Intent* - LOI) im Namen der Bundesregierung unterzeichnet werden, mit der diese ihre Befürwortung einer Einreichung beim ETS-Innovationsfonds der EU durch den voestalpine-Konzern ermöglicht.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle der Anfrage zur Unterstützung für die Einreichung beim EU-ETS-Innovationsfonds hinsichtlich der Finanzierung der Elektrostahltechnologie auf Basis von erneuerbarem Strom und Wasserstoff durch die voestalpine und im Falle des Zuschlags der Bereitstellung einer Kofinanzierung in Höhe von 50 bis 70 Mio. EUR pro Jahr (nach Kostenprüfung) ab 2025 aus dem jeweiligen Ressortbudget des BMK in Abhängigkeit der budgetären Bedeckung für die Laufzeit des entsprechenden EU Fördervehikels für maximal 10 Jahre zustimmen.

7. September 2020

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin